

**Beilage 28.****Bericht**

des landwirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch des Präsidiums der österreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen beim Abschluß von Handelsverträgen um Gewährung einer Subvention aus Landesmitteln.

**Hoher Landtag!**

Das Präsidium der österreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen bei Abschluß der Handelsverträge stellt mit Zuschrift vom 7. Oktober d. J. No. 411 das Ersuchen um Gewährung einer Subvention in der Höhe von 100 K.

Im Gesuche wird darauf hingewiesen, daß die Zentralstelle während ihres Bestandes schon bedeutende Erfolge für die österreichische Land- und Forstwirtschaft errungen hat, so z. B. die Aufhebung des Mahlverkehrs, das Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide und Mahlprodukten, die Beseitigung der Weinzollklausel zc. und hofft noch weitere Vorteile für die österreichische Land- und Forstwirtschaft zu erringen.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache pflichtet der landwirtschaftliche Ausschuss den im Gesuche dargelegten Grundsätzen bei und es ist gewiß vollauf gerechtfertigt, daß die Interessen der österreichischen Land- und Forstwirtschaft bei Erneuerung der Handelsverträge so gut als möglich gewahrt werden.

Auch die Puntationen der Handelsvertragsverhandlungen auf Grund des neuen Zolltarifes bedürfen, wenn sie den Interessen der Landwirtschaft gerecht werden sollen, noch mehrfacher Verbesserungen und Vervollkommungen, wenn nicht Landwirtschaft und Industrie neuerdings auf das empfindlichste geschädigt werden sollen.

Die von der österreichischen Zentralstelle eingeleitete Aktion muß daher nach Ansicht des landwirtschaftlichen Ausschusses auch vom Vorarlberger Landtage nach Tunlichkeit unterstützt werden.

Infolge dessen stellt der landwirtschaftliche Ausschuss den

**Antrag:**

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Dem Gesuche des Präsidiums der österreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen beim Abschluß der Handelsverträge um Gewährung einer Subvention von 100 K wird entsprochen.“

Bregenz, am 28. Oktober 1905.

**Pfarrer Fink,**  
Obmann.

**Josef Anton Sürschbühl,**  
Berichterstatter.